

ARBEITSGEMEINSCHAFT ÖFFENTLICHES RECHT I

3. Klausur

30.06.2017

NAME: _____ **Matrikelnummer:** _____ **Punkte:** (50)/__

1. AUFGABE

Die A-Sportwetten-GmbH findet folgendes Schreiben in ihrem Briefkasten:

A-Sportwetten-GmbH
Gentzgasse 10
A-Wien

ENTSCHEIDUNG

Über Ihren Antrag vom 15. Mai 2017 auf Erteilung der Bewilligung zur Ausübung der Tätigkeit als Buchmacherin und Totalisateurin am Standort S (Steiermark) ergeht folgender

Spruch:

Ihr Antrag vom 15.5.2017 auf Erteilung der Bewilligung zur Ausübung der Tätigkeit als Buchmacherin und Totalisateurin am Standort S (Steiermark) wird gemäß § 3 Abs 2 Z 2 iVm Abs 3 sowie § 4 Steiermärkisches Wettgesetz als unbegründet abgewiesen.

Mit freundlichen Grüßen

Martin Müller

Martin Müller

- a) Welches Verfahrensgesetz hatte die Behörde im oben genannten Bewilligungsverfahren anzuwenden? (1/___)
- b) Welcher Gesetzgeber hat dieses Verfahrensgesetz gestützt auf welche verfassungsgesetzliche Grundlage erlassen? (2/___)
- c) Worin besteht der rechtliche Unterschied zwischen deklarativen und konstitutiven Bescheidmerkmalen?..... (1/___)
- d) Nennen Sie die konstitutiven Bescheidmerkmale! Begründen Sie, ob es sich bei dem abgedruckten Schreiben um einen Bescheid handelt! (4/___)
- e) Angenommen, die zuständige Landesbehörde hätte über den Antrag der Sportwetten-GmbH nach einem Jahr noch immer nicht entschieden. Wie könnte sich die Sportwetten-GmbH dagegen zur Wehr setzen? Begründen Sie! (3/___)

2. AUFGABE

In der Gemeinde G häuften sich Beschwerden über Hunde, die ohne Leine im öffentlichen Park und am Spielplatz herumlaufen und Spaziergänger belästigen. Deshalb erlässt der Gemeinderat der Gemeinde G eine Leinenpflicht für alle Hunde für das Gebiet des öffentlichen Parks.

- a) Der Gemeinderat erließ die Leinenpflicht ohne einfachgesetzliche Grundlage. Auf der Grundlage welcher verfassungsgesetzlichen Bestimmung durfte der Gemeinderat die Leinenpflicht erlassen? (1/___)
- b) Wie heißen derartige Regelungen von Gemeinden? (1/___)
- c) Welche Voraussetzungen nennt die Verfassung für derartige Regelungen von Gemeinden? (2/___)

3. AUFGABE

Österreich wird am 15. Oktober 2017 ein neues Parlament wählen.

- a) Wie lange dauert die Funktionsperiode des Nationalrates? Erläutern Sie unter Angabe der verfassungsgesetzlichen Grundlagen wie die Funktionsperiode des Nationalrates vorzeitig beendet werden kann!..... (4/___)
- b) Anton A möchte eine politische Partei gründen und bei der Nationalratswahl im Herbst antreten. Wie wird eine politische Partei gegründet und wo ist das geregelt? Wann erlangt die politische Partei Rechtspersönlichkeit?..... (3/___)
- c) Welchem Grundprinzip der österreichischen Verfassungsordnung entspricht das Parteiengesetz mit der freien Bildung und Existenz politischer Parteien?..... (1/___)
- d) Erläutern Sie, ob A eine politische Partei benötigt, um bei der Nationalratswahl antreten zu dürfen!..... (1/___)
- e) Angenommen, beim Drucken der Wahlzettel würde ein Fehler passieren und die Liste des A würde bei einem Teil der Wahlzettel zur Nationalratswahl nicht als wählbar aufscheinen. Wer könnte über die Anfechtung der Nationalratswahl entscheiden? Nennen Sie die verfassungsgesetzliche Grundlage! (2/___)

4. AUFGABE

Für einen 13 Kilometer langen Abschnitt der Westautobahn (A 1) zwischen Enns und Linz gilt in der Zeit von 5.00 bis 23.00 Uhr eine Geschwindigkeitsbeschränkung von 100 km/h. Dieses Tempolimit wurde vom Landeshauptmann gestützt auf das Immissionsschutzgesetz-Luft (IG-L) erlassen und soll die durch den Verkehr verursachten Stickstoffdioxidemissionen entlang der Westautobahn verringern.

- a) Um welche Rechtssatzform handelt es sich bei der angeordneten Geschwindigkeitsbeschränkung? Begründen Sie unter Angabe der Charakteristika dieses Rechtsakts! (4/___)
- b) Zur Überwachung der Geschwindigkeitsbeschränkung wird eine Laserpistole angekauft. Um welche Form des Verwaltungshandelns handelt es sich dabei? Begründen Sie!..... (2/___)

5. AUFGABE

Der Unternehmer U, der täglich mit seinem PKW auf der Strecke der A 1 zwischen Enns und Linz unterwegs ist, hat rechtliche Bedenken gegen die nach dem Immissionsschutzgesetz-Luft angeordnete Geschwindigkeit von 100 km/h.

- a) U hält zwar die Geschwindigkeit von 100km/h ein, möchte sich aber dagegen zur Wehr setzen. Wie kann er die 100 km/h-Beschränkung anfechten? Erläutern Sie, unter welchen Voraussetzungen die Anfechtung zulässig ist und geben Sie die Rechtsgrundlage an! Begründen Sie, ob im Fall des U die Voraussetzungen erfüllt wären!..... (6/___)

Über U wird mit Straferkenntnis der zuständigen Behörde, zugestellt am 19.06.2017, eine Geldstrafe iHv € 300,- verhängt, da er am 10.06.2017 als Lenker seines PKW auf der Autobahn im Gemeindegebiet von Enns die zulässige Höchstgeschwindigkeit von 100 km/h um 30 km/h überschritten hat.

- b) Welches Rechtsmittel kann U gegen das Straferkenntnis binnen welcher Frist erheben? Nennen Sie die verfassungsgesetzliche Bestimmung! (3/___)
- c) Welche Rechtsschutzwege stehen U in weiterer Folge prinzipiell noch zur Verfügung? Nennen Sie jeweils die Rechtsgrundlage(n)! Welche Rechtsverletzung(en) muss U jeweils behaupten, damit (1.) der Verfassungsgerichtshof, (2.) der Verwaltungsgerichtshof zuständig ist? (5/___)
- d) In welchem verfassungsgesetzlich gewährleisteten Recht könnte U verletzt sein, wenn das Straferkenntnis von der unzuständigen Behörde erlassen wurde? Nennen Sie die bezügliche verfassungsgesetzliche Bestimmung! (2/___)
- e) U fährt ein Elektroauto. Er ärgert sich, dass die auf der Grundlage des Immissionsschutzgesetz-Luft erlassene Geschwindigkeitsbeschränkung zur Reduzierung von Luftschadstoffen auch einhalten muss, obwohl sein Fahrzeug – im Unterschied etwa zu diesel- oder benzinbetriebenen Fahrzeugen – gar keine Luftschadstoffe ausstößt. Welche Grundrechtsverletzung könnte U geltend machen? Begründen Sie! (2/___)